



Presseschau vom 11.01.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Polen verschrottet sowjetisches Kriegsdenkmal – Medien

Die Behörden der polnischen Stadt Szczecin (ehemals Stettin) haben das sowjetische Mahnmal „Zu Ehren derer, die für Szczecin kämpften“ zerlegen und verschrotten lassen, berichtete am Mittwoch Polskie Radio unter Berufung auf lokale Beamte.

„Wir haben nicht vor, es irgendwohin zu verlegen. Die metallischen Teile werden verschrottet, die anderen Teile entsorgt“, äußerte Paulina Łątka von der Stadtverwaltung.

Andere Denkmäler, Basreliefs sowie Gedenktafeln und Wappen der Städte, die die Rote Armee von den Nazis befreit hatte, sollen auf den Zentralfriedhof gebracht werden, so der Sender.

Am 21. Oktober 2017 war das Gesetz, das den Abriss sowjetischer Denkmäler in Polen erlaubt, in Kraft getreten. Zuvor hatte das polnische Oberhaus entsprechende Änderungen des Gesetzes über das Verbot kommunistischer und anderer totalitärer Propaganda in Namen von Gebäuden, Objekten und Räumen des öffentlichen Gebrauchs vorgelegt.

Bei den Kämpfen für die Befreiung Polens von der Nazi-Besatzung kamen mehr als 600.000 Soldaten und Offiziere der Roten Armee ums Leben. Zudem sind auf polnischem Boden 700.000 bis zu eine Million sowjetische Kriegsgefangene beerdigt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31681/66/316816668.jpg>

de.sputniknews.com: Krim-Turbinen: Siemens scheitert vor Moskauer Gericht mit Klage gegen Rostec

Das Schiedsgericht in Moskau hat am Mittwoch der Klage der russischen Siemens-Tochtergesellschaft „Siemens Gasturbinen-Technologie“ gegen zwei Tochterunternehmen des russischen Konzerns Rostec (OAO „Technopromexport“ und OOO „Technopromexport“) zur Rückgabe der von ihnen auf die Krim gelieferten Turbinen nicht stattgegeben.

Die Klagepartei, der Hersteller der umstrittenen Turbinen, „Siemens Gasturbinen-Technologie“, hat gefordert, ihren Vertrag mit OAO „Technopromexport“ über die Turbinen-Lieferung vom 10. März 2015 für rechtswidrig zu erklären. Der Kläger beantragte, die „vier Gasturbinen aus dem fremden rechtswidrigen Besitz der OOO ‚Technopromexport‘ mit Beschlag zu belegen“.

Das Gericht hat entschieden, der Klage von „Siemens Gasturbinen-Technologie“ nicht stattzugeben.

Rostec ist mit dem Gerichtsurteil zufrieden, erklärte ein Vertreter der Firma. Das Gericht habe bestätigt, dass der Konzern im Recht sei. Es habe einen Präzedenzfall geschaffen, der aufzeige, dass es rechtswidrig sei, von russischen Unternehmen die Einhaltung der US- und EU-Sanktionen innerhalb Russlands zu fordern, so der Vertreter.

Die Siemens AG erwarte eine Erklärung vom Moskauer Schiedsgericht, welches der Klage der Siemens-Tochter nicht stattgegeben habe. „Die Gerichtsentscheidung ist uns bekannt. Wir werden auf eine Erklärung zu der getroffenen Entscheidung warten, aber wir beabsichtigen nach wie vor, alle erforderlichen Schritte für den Schutz unserer Interessen zu unternehmen“, sagte Wolfram Trost, Vertreter des Konzerns, der Nachrichtenagentur RIA Novosti.

Das Unternehmen „Siemens Gasturbinen-Technologie“ gehört zu 65 Prozent der Siemens AG und zu 35 Prozent dem russischen Kraftanlagenbauer Silowyje Maschiny.

de.sputniknews.com: Deutschland würde ohne Russen Olympische Spiele 2018 gewinnen
Russische Sportler dürfen an den Winterspielen im südkoreanischen Pyeongchang unter neutraler Flagge teilnehmen. Wenn sie aber völlig ausgeschlossen worden wären, hätte die deutsche Olympia-Mannschaft davon am meiste

Der Datendienst errechnete auf Grundlage der Ergebnisse der vergangenen Weltmeisterschaften und anderer Top-Events einen Medaillenspiegel, bei dem die russischen

Sportler nicht berücksichtigt wurden. Bei Abwesenheit der Russen könnten die Deutschen in Pyeongchang 14 Mal Gold, 12 Mal Silber und 14 Mal Bronze, also insgesamt 40 Medaillen gewinnen. Das wären fünf Medaillen mehr als mit Russlands Teilnahme.

Das würde am Ende den ersten Platz im Medaillenspiegel und das beste deutsche Ergebnis seit den Olympischen Spielen 2002 in Salt Lake City bedeuten. In Sotschi hatte es nur 19 Medaillen für die Deutschen gegeben, davon acht goldene. Auf Platz zwei würden die Norweger landen, so Gracenote.

Nach massiven Dopingvorwürfen hatte das Internationale Olympische Komitee (IOC) Anfang Dezember die russische Nationalmannschaft von den Olympischen Winterspielen im Februar 2018 in Südkorea ausgeschlossen. Saubere russische Athleten dürfen zwar in Pyeongchang an den Start gehen, aber nur unter neutraler Flagge

vormittags:

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **13 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **acht Ortschaften** mit Artillerie, Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **viermal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Logwinowo, Kalinowka und Sansharowka**.

Geschossen wurde mit 152mm-Artilleriegeschossen, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Washington: Pläne über US-Truppenabzug aus Osteuropa bekannt geworden

Die USA haben in vielen europäischen Staaten ihre Truppen stationiert, Tausende US-Militärs sind auch in direkter Nähe zu Russland untergebracht. Nun soll bekannt geworden sein, dass ein Trump-Berater den teilweisen Abzug der US-Truppen aus Osteuropa zur Verbesserung der Beziehungen mit Russland vorgeschlagen hat, berichtet die Daily Beast.

Nach Angaben des Blattes, das sich auf Aussagen von zwei ehemaligen Vertretern der Administration bezieht, hatte der Berater von US-Präsident Donald Trump in strategischen Fragen und Experte des Nationalen Sicherheitsrates der USA Kevin Harrington bereits im Februar 2017 im Weißen Haus vorgeschlagen, einen Teil der amerikanischen Truppen aus Osteuropa abzuziehen, um die Beziehungen mit Moskau zu verbessern.

Er soll dabei angezweifelt haben, dass die Vereinigten Staaten überhaupt wichtige nationale Interessen in der Region hätten.

Explizit habe er auch die Sinnhaftigkeit der US-Interessen in den baltischen Staaten hinterfragt.

Nach Harringtons Vorschlag sollte ein neues Konzept der amerikanischen außenpolitischen Interessen ausgearbeitet werden, um eine Verbesserung der Beziehungen zu Moskau zu ermöglichen.

Neben den außenpolitischen Interessen soll der Berater außerdem argumentiert haben, dass die antirussischen Wirtschaftssanktionen auch den Vereinigten Staaten einen großen Schaden zufügen würden, und soll im Anschluss für deren Aufhebung oder Lockerung geworben

haben.

Es heißt, der Strategieberater habe diese Fragen mit verschiedenen hochrangigen Beamten im Weißen Haus diskutiert, jedoch keine Unterstützung für seinen Vorschlag gefunden.

Dennoch habe dieser Vorfall für Aufmerksamkeit gesorgt. Es sei nämlich der erste bekannte Fall gewesen, dass ein hochrangiger Vertreter in der direkten Umgebung eines US-Präsidenten vorgeschlagen hätte, US-Streitkräfte zugunsten Russlands zu verschieben.

Die USA, die EU und einige weitere Staaten hatten 2014 Sanktionen gegen Russland wegen dessen Haltung im Ukraine-Konflikt verhängt. Die Sanktionen richteten sich gegen den Energie-, den Verteidigungs- und den Finanzsektor der russischen Wirtschaft, gegen Banken und große Öl- und Gasunternehmen.

Im Laufe der Zeit wurden die Sanktionen immer weiter ausgeweitet und verlängert.

Zudem verschärfte Washington auch seine militärische Gangart und erhöhte etwa die Truppenpräsenz in Osteuropa und in den baltischen Staaten.

Kritiker warnten jedoch seit Beginn der Eskalation, dass weder die Sanktionen noch die militärischen Muskelspiele Russland zu einer Änderung seiner Politik bewegen werden und dass dadurch auch ein spürbarer Schaden für die westlichen Ökonomien selbst entstände.

Moskau führte als Antwortreaktion eine Reihe von Gegensanktionen ein, unterstrich aber immer wieder, dass es jederzeit zu einem gegenseitigen Entgegenkommen und zur Aufhebung der Sanktionen bereit sei.

Dan-news.info: „Gestern zwischen 21:00 und 23:00 haben ukrainischen Einheiten unsere Ortschaft beschossen. Zum Glück wurde niemand verletzt, nirgendwo wurden Schäden am Wohnraum festgestellt“, teilte der Leiter der Ortsverwaltung von Alexandrowka Konstantin Tschalj mit.

Nach seinen Worten wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

de.sputniknews.com: Sputnik-Partner als „Auslandsagent“? Russland verurteilt US-Forderung Die Forderung des US-Justizministeriums an das Unternehmen RIA Global LLC, sich als „Auslandsagent“ zu registrieren, wird laut der russischen Botschaft in den USA die bilateralen Beziehungen beeinträchtigen.

„Heute, am 10. Januar, wurde bekannt, dass das Unternehmen RIA Global, das Inhalte für Sputnik produziert, seine Arbeit fortsetzen darf, falls es sich als ‚Auslandsagent‘ registriert. Solche Schritte stören die normale Arbeit der Journalistenteams und werden eine Grundlage für alle möglichen Einschränkungen, was wir bereits gesehen haben, als die Akkreditierung (für Journalisten – Anm. d. Red.) des TV-Senders RT im Kongress entzogen wurde“, heißt es in der offiziellen Mitteilung der russischen Botschaft in Washington.

„Wir halten dieses Vorgehen für inakzeptabel. Und wir stufen dies als weiteren Schlag gegen die russisch-amerikanischen Beziehungen ein. Wir sind davon überzeugt, dass solche Schritte den nationalen Interessen der USA nicht entsprechen, sondern ihrem Prestige und ihrer Autorität schaden“, so die russischen Diplomaten weiter.

In ihrem Schreiben verwiesen die Diplomaten darauf, dass es auf den Vorfall bisher keine Reaktion von angesehenen internationalen Organisationen gebe, die sich mit dem Schutz der Rechte von Journalisten beschäftigen.

„Dabei schließen wir nicht aus, dass diese Organisationen gemäß der gefestigten Praxis der Doppelstandards alsbald Russland für unsere unumgänglichen Gegenmaßnahmen in Reaktion auf das einsichtslose Vorgehen der amerikanischen Behörden heftig kritisieren werden.“

Russland trete konsequent gegen Einschränkungen der Pressefreiheit ein. Dies gelte auch für die Tätigkeit ausländischer Medien und Journalisten – „was man aber über die USA und eine Reihe ihrer Verbündeten nicht sagen kann, die ihre inakzeptable Politik des Drucks auf russische Medien statt einer beiderseits vorteilhaften Zusammenarbeit

fortsetzen“. Als inakzeptable Maßnahmen zählten unter anderem Ausweisungen von Journalisten oder Versuche ausländischer Geheimdienste, sie für eine Kooperation zu gewinnen.

Am Mittwoch war berichtet worden, dass das US-Justizministerium das Unternehmen RIA Global LLC, das sich mit der Herstellung von Inhalten für die Nachrichtenagentur und den Radiosender Sputnik beschäftigt, verpflichtet habe, sich als „Auslandsagent“ zu registrieren

Dnr-online.ru: Über die Lage in **Golmowskij** in der Nähe von Gorlowka in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie berichtete der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko. „In der Nacht haben wir zwölf „Treffer“ von 120mm-Mörsergeschossen gezählt. Die Heizwerke 69, 70 und 71 wurden stillgelegt, der Strom ist ausgefallen, der ganze Ort hat keinen Strom. Am Morgen ist es uns gelungen, die Heizwerke wieder in Betrieb zu nehmen, Strom gibt es noch nicht, wir arbeiten daran. Durch glücklichen Zufall wurden nur zwei Häuser (Verglasung) und eine Garage beschädigt. Von den Menschen wurden niemand verletzt“, berichtete Iwan Prichodko.

de.sputniknews.com: So groß sind Russlands Finanzreserven

Russlands Finanzminister Anton Siluanow hat die Summe der souveränen Reserven Russlands für Anfang 2018 genannt.

Der Gesamtumfang der souveränen Reserven Russlands betrug demnach 4,595 Billionen Rubel (circa 67,5 Milliarden Euro). Diese Summe entspricht ihm zufolge fünf Prozent des BIP.

Die Summe wurde laut Siluanow dank der Haushaltsregel erreicht, nach der Erdöleinkünfte, die über dem Preis von 40 US-Dollar pro Barrel liegen, an die Reserven der Regierung überwiesen wurden. Somit habe man zusätzliche Reserven im Wert von 841,8 Milliarden Rubel (mehr als zwölf Milliarden Euro) herausbilden können.

Russland hatte laut Siluanow zuvor prophezeit, 1707 Milliarden Rubel (25 Milliarden Euro) aus dem Reservefonds und Nationalen Wohlfahrtsfonds auszugeben. Die Ausgaben seien aber bis auf 930 Milliarden Rubel (mehr als 13 Milliarden Euro) reduziert worden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31597/46/315974634.jpg>

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und

Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 13.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 198.

In der Folge der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gab es in **Golmowskij** folgende Schäden:

- eine Stromleitung (ein Heizwerk hat keinen Strom);
- Prospekt Schkolnyj 6 – direkter Treffer auf ein Wirtschaftsgebäude;
- Woroschilowgradskaja-Straße 4 – Verglasung beschädigt.

Außerdem wurde in **Spartak** im Norden von Donezk durch einen Schuss mit einem 82mm-Mörser **ein friedlicher Einwohner verletzt**.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 49.

Wir erinnern daran, dass ab 01:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

de.sputniknews.com: Diplomatischer Aufruf: Moskau erwartet von Ankara Konstruktivität in Syrien-Frage

Moskau ist an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit Ankara interessiert, wird aber nicht auf den Kampf gegen die Terrorgruppierung Dschabhat an-Nusra verzichten. So reagierten drei Quellen aus russischen diplomatischen Kreisen gegenüber der Zeitung „Iswestija“ auf die Einbestellung des russischen und iranischen Botschafters seitens der Türkei.

In Moskau will man laut den drei mit der Situation vertrauten Quellen aus diplomatischen Kreisen eine erneute Verschärfung der Beziehungen zu Ankara vermeiden, ist aber nicht bereit, in besonders empfindlichen Fragen wie dem Schicksal der Terrorgruppierung Dschabhat an-Nusra (Al-Nusra-Front) nachzugeben. Damit reagierten sie auf die Einbestellung der Botschafter Russlands und des Iran in das türkische Außenministerium wegen der Offensive der syrischen Truppen in der Provinz Idlib.

„Wir arbeiten erfolgreich im Rahmen der Astana-Gespräche, und diese Arbeit soll fortgesetzt werden. Unsere prinzipielle Position besteht darin, dass Dschabhat an-Nusra eliminiert werden soll. Und wir werden davon nicht abrücken“, so eine der Quellen gegenüber dem Blatt.

Im Föderationsrat wurden dabei Vorwürfe dementiert, dass die bewaffnete Opposition in Idlib angeblich von den russischen Weltraum- und Luftstreitkräften attackiert wird. Dies bestätigte gegenüber der Zeitung der stellvertretende Leiter des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses des russischen Föderationsrats, Franz Klinzewitsch:

„Wir attackieren nur Terroristen. Und dies löst natürlich Ärger bei einigen Akteuren aus, weil viel Geld in die Kämpfer investiert worden ist.“

Er fügte hinzu, dass „die Geheimdienste der Nato-Länder“ bislang Dschabhat an-Nusra unterstützten.

Am Dienstag hatte die lokale Zeitung „Daily Sabah“ berichtet, dass das türkische Außenministerium die Botschafter Russlands und des Iran einbestellt hatte, um Protest gegen die Verletzung der Grenze der Deeskalationszone in Idlib durch die syrischen Regierungstruppen zu äußern. Neben der Türkei sind Russland und der Iran die Garantiemächte der Handhabung der Deeskalationszonen. Zudem verwies das Blatt darauf, dass die Türkei der Meinung sei, dass die Regierungstruppen gegen die Waffenruhe verstoßen.

Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu hatte zuvor erklärt, dass das bevorstehende Telefongespräch zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan gerade diesem Thema gewidmet sein werde.

Die russische Botschaft in Ankara teilte gegenüber „Iswestija“ mit, dass die Situation um die Einbestellung des Botschafters Alexej Jerochow nicht kommentiert werde. Dies erklärte auch das russische Außenministerium.

Damaskus soll das Vorgehen der Türkei negativ eingeschätzt haben. Brigadegeneral Samir Sulejman, amtlicher Sprecher des syrischen Verteidigungsministeriums, sagte gegenüber dem Blatt, dass Ankara die bewaffneten Gruppierungen in Idlib, vor allem Dschabhat an-Nusra, versorge.

„Diese Gruppierung erleidet derzeit ernsthafte Niederlagen, obwohl Versorgung und Bewaffnung von den Türken geliefert werden. Ankara ist in diesem Fall in einer Zwangslage. Und mit der Geschichte mit dem russischen und iranischen Botschafter will die Türkei den Terroristen zeigen, dass sie auf ihrer Seite steht.“

Am Dienstag hatte der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu erklärt, die syrischen Regierungstruppen würden unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung die gemäßigte Opposition in der Provinz Idlib angreifen.

Das russische Verteidigungsministerium hatte zuvor seinerseits erklärt, dass die Drohnen, die den russischen Luftwaffenstützpunkt in Hmeimim angegriffen hatten, aus der Umgebung der Deeskalationszone in der Provinz Idlib gestartet worden wären, für die Ankara verantwortlich ist. Vor diesem Hintergrund habe das Verteidigungsministerium Briefe an den türkischen Generalstabschef, Akar Hulusi, und den Leiter des türkischen Inlandsgeheimdienstes, Hakan Fidan, gerichtet.

Dan-news.info: Der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko teilte mit, dass in der Folge eines morgendlichen Beschusses von **Dolomitnoje** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **eine Frau verletzt** wurde. Der Beschuss hält noch an, bisher wurde die Beschädigung eines Wohnhauses festgestellt.

Dan-news.info: „In der Folge von Möserbeschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte sind in Spartak **zwei Männer**, geb. 1984 bzw. 1986, **verletzt** worden“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

de.sputniknews.com: Platz vor Botschaft in USA nach ermordetem Politiker Nemzow benannt – Kreml reagiert

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat die Umbenennung des Platzes vor dem Gebäude der russischen Botschaft in Washington nach dem erschossenen Oppositionspolitiker Boris Nemzow kommentiert.

Peskow verwies darauf, dass die Entscheidung zur Kompetenz der Stadtverwaltung gehört.

„Ich würde das wahrscheinlich unkommentiert lassen“, sagte er. „Ich betone lediglich, dass das zweifelsohne zum Vorrecht der Stadtbehörden gehört — vor jenem Hintergrund, dass der Zustand der bilateralen Beziehungen zwischen unseren Ländern gelinde gesagt nach wie vor viel zu wünschen übrig lässt“, so der Kreml-Sprecher.

Am Dienstag hatte die Stadtverwaltung von Washington beschlossen, den Straßenabschnitt vor der russischen Botschaft in der US-Hauptstadt in Boris Nemzow Plaza umzubenennen. Nemzow war in der Nacht zum 28. Februar 2015 in Moskau auf einer Brücke unweit des Kremls hinterrücks erschossen worden. Unter Präsident Boris Jelzin bekleidete er in den 1990er Jahren hohe Ämter in der Regierung und wechselte in den 2000er Jahren in die Opposition.

Bei der Ermittlung zu dem Mord an dem Oppositionellen wurden alle Verdächtigen

festgenommen. Mitte Juli 2017 verurteilte das Moskauer Militärbezirksgericht den Mörder des Politikers, Saur Dadajew, zu 20 Jahren Haft. Dadajews Komplizen bekamen Freiheitsstrafen von elf bis zu 19 Jahren.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31901/74/319017448.jpg>

Dnr-online.ru: Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz haben Menschen besucht, die aus ukrainischer Gefangenschaft befreit wurden und jetzt in einer medizinischen Einrichtung behandelt werden und eine Reha-Maßnahme durchlaufen. Darüber berichtet ein Korrespondent der offiziellen Seite der DVR

„Als Vertreter des IKRK besuchen wir Menschen, die im Gefängnis sind, verfolgen ihren Weg von der Verhaftung bis zur Freilassung. In Donezk haben wir Menschen besucht, die Ende Dezember freigelassen wurde, mit ihnen besprochen, wie sie jetzt leben. Wir werden darüber nachdenken, wie wir ihnen helfen, sie unterstützen können. Als neutrale humanitäre Organisation können wir Empfehlungen aussprechen, wie die Bedingungen für sie verbessert werden können. Uns ist ein konstruktiver Dialog mit allen interessierten Personen sehr wichtig“, sagte der Leiter des Donezker Büros des IKRK Michel Saad.

Während des Gesprächs berichteten die freigelassenen Gefangenen über Fälle von Gewalt und Folter von Seiten von Mitarbeitern ukrainischer Spezialdienste und anderer militärischer Strukturen, sie äußerten sich über ihren schlechten Gesundheitszustand aufgrund solcher Verletzungen.

Im Ganzen war die Reaktion der ehemaligen Kriegsgefangenen auf den Besuch der Vertreter des IKRK zwiespältig. „Sie versprechen Hilfe, aber das ist nur ein Versprechen. Wir haben uns schon in der Gefangenschaft mit Vertretern des Roten Kreuzes getroffen und es sind keinerlei Veränderungen in der unserer Lage erfolgt“, sagten sie.

Die ehemaligen Gefangenen merkten die gute Arbeit der Donezker Ärzte an, die die Behandlung und Rehabilitation begleiten.

nachmittags:

Lug-info.com: Mitarbeiter des Staatssicherheitsministeriums und des Innenministeriums der

LVR haben die Erkundungstätigkeit von Mitarbeitern ausländischer humanitärer Organisation auf dem Territorium der LVR unterbunden. Darüber informierte heute die Leiterin des Zentrums zur Verbindung mit der Öffentlichkeit des MfS Jewgenija Ljubenko.

Unter dem Deckmantel der „gegenseitigen Hilfe“

Das MfS hat gemeinsam mit dem Innenministerium die Erkundungsaktivitäten der nicht registrierten ausländischen humanitären Organisation „ACF“ (Action contre la Faime – Aktion gegen den Hunger“, Stabquartier in Paris) unterbunden, die ihre Arbeit auf dem Territorium der LVR im Interesse ukrainischer Spezialdienste betrieb.

In Verletzung des Gesetzgebung der LVR hat die ACF, deren zentrale ukrainisches Büro sich in Kiew befindet, unter dem Deckmantel der Lugansker gesellschaftlichen Organisation „Gegenseitige Volkshilfe“ agiert und sich mit dem Sammlung von Informationen über die sozialpolitische und ökonomische Situation in der Republik befasst.

Im Verlauf der Durchführung von operativen Fahndungsmaßnahmen wurden Personen ermittelt und festgenommen, die die ausländische Organisation unterstützt haben.

Mitarbeiter des MfS und des Innenministeriums haben Verträge, Schriftverkehr, Berichte über soziologische Forschungen und andere Dokumente konfisziert, die die rechtswidrige Tätigkeit bestätigen.

Bei der Durchsuchung wurden auch Stempel kommerzieller Unternehmen, fiktive Verträge zum Kauf von Lebensmitteln und anderen Waren, die auf Kosten von ausländischen Sponsoren gekauft wurden, um angeblich den Einwohnern der Republik humanitäre Hilfe zu leisten, gefunden.

Es werden weiter Maßnahmen zur Ermittlung von Personen und anderen ausländischen Organisationen, die an der Zusammenarbeit mit Spezialdiensten der Ukraine beteiligt sind, durchgeführt.

Erik und gefälschte Daten

Wie der Vorsitzende der gesellschaftlichen Organisation „Gegenseitige Volkshilfe“ Dmitrij Gassimow berichtete, begann die Zusammenarbeit mit Vertretern von AVF 2016.

„2016 kam der ausländischer Vertreter Erik, den Nachnamen weiß ich nicht mehr, um eine Akkreditierung auf dem Territorium unserer Republik zu erhalten, aber ihm ist es nicht gelungen. Sie haben uns geholfen, Finanzierung zugeteilt. Die Menschen, die Unterstützung erhielten, wurden stichprobenartig befragt: Alter des Empfängers, Adresse, Familie, Passdaten. Mitarbeiter von ACF in Lugansk haben diese Fragebögen dann bearbeitet und die Auswertungen zu ihren Mitarbeitern in Sewerodonezk geschickt“, berichtete Gassimow. Mitarbeiter der „Gegenseitigen Volkshilfe“ merkten an, dass sie in die Berichte über die Tätigkeit offensichtlich falsche Daten eingetragen haben, um die Finanzierung durch die Organisation ACF weiterzuführen.

de.sputniknews.com: Explosion in Kaczynski-Jet? Russlands Ermittlungskomitee zu polnischer Hauptversion

Das Ermittlungskomitee Russlands hat die jüngste Erklärung der polnischen Ermittlungskommission zur Hauptversion des Flugzeugabsturzes des damaligen polnischen Staatspräsidenten, Lech Kaczynski, kommentiert. Dieser Theorie zufolge soll die Maschine im Jahr 2010 aufgrund einer Explosion bei Smolensk verunglückt sein.

„Es werden keine Angaben angeführt, die diese Erklärungen bestätigen“, so die Sprecherin des russischen Ermittlungskomitees, Swetlana Petrenko.

„Erneut verweisen wir darauf, dass die Version, nach der eine Explosion an Bord des Flugzeuges erfolgt ist, vom Ermittlungskomitee Russlands erststellig geprüft wurde und keine Bestätigung fand“, heißt es in der offiziellen Mitteilung der Behörde.

Petrenko betonte dabei, dass auch Fachleute des Internationalen Luftfahrtkomitees nach ihrer Untersuchung zum selben Schluss gekommen wären.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass die polnische Ermittlungskommission jene Version als

grundlegend erachtet, wonach das Flugzeug des damaligen polnischen Staatspräsidenten, Lech Kaczynski, im Jahr 2010 aufgrund einer Explosion nahe Smolensk verunglückte. Es habe mehrere Explosionsquellen gegeben, die sich im vorderen und im zentralen Teil des Flügels befunden hätten.

Die Tu-154 mit Präsident Lech Kaczynski und einer offiziellen polnischen Delegation an Bord war am 10. April 2010 unweit der russischen Stadt Smolensk abgestürzt. Die Maschine hatte während dem Landeanflug bei dichtem Nebel Baumkronen gestreift. Alle 96 Insassen kamen ums Leben.

ukrinform.ua: Polens Außenminister will so schnell wie möglich historische Streitigkeiten mit der Ukraine klären

Der neue polnische Außenminister Jacek Czaputowicz hat die Hoffnung auf die baldige Lösung der problematischen historischen Fragen in Bezug auf die Ukraine geäußert, heißt es in der Meldung des polnischen Außenministeriums.

Wie weiter berichtet wird, hat Czaputowicz seine ersten Telefongespräche mit dem ungarischen Außenminister (auf Wunsch der ungarischen Seite) und dem ukrainischen geführt.

„Czaputowicz hat Polens Engagement für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine bestätigt und betont, dass Polen weiterhin die europäischen Bestrebungen der Ukraine unterstützen wird. Beim Gespräch äußerte er auch die Hoffnung auf die baldige Lösung der problematischen historischen Fragen in den Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine“, heißt es im Bericht.

Dnrsovet.su: In der DVR sind die im Dezember von Volkssowjet beschlossenen Gesetze in Kraft getreten, die die Amtszeit des des Republikoberhauptes und der Abgeordneten des Volkssowjets von vier auf fünf Jahre verlängern. Diese Neuregelungen gelten erst nach den Wahlen im Jahr 2018.

ukrinform.ua: Bildungsministerin: Empfehlungen der Venedig-Kommission werden berücksichtigt

Die Empfehlungen der Venedig-Kommission bezüglich des Artikels 7 des Bildungsgesetzes, der die Unterrichtssprachen regelt, werden im Gesetz über die Mittelschulbildung umgesetzt werden, sagte während ihrer Dienstreise ins Gebiet Tschernihiw die Ministerin für Bildung und Wissenschaft der Ukraine, Lilija Hrynewytsch, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent. „Wir reichten diese Frage (über die Unterrichtssprache in der Ukraine - Red.) in der Sitzung der Venedig-Kommission ein. Die Kommission hat uns Empfehlungen gegeben. Diese Empfehlungen werden im Text des Gesetzes über die Mittelschulbildung umgesetzt, das im Frühling in der Werchowna Rada eingereicht wird. Es gibt keine grundsätzlichen Anmerkungen, dass wir unseren Ansatz ändern, und alle Empfehlungen können wir umsetzen und somit alle Möglichkeiten für Kinder, in ihrer Muttersprache zu lernen, bewahren, und dabei Teil der Fächer in ukrainischer Sprache zu lernen und die Staatssprache gut zu beherrschen“, sagte Hrynewytsch.

Dan-news.info: „Energietechniker der Republik haben operativ die Stromversorgung in Golmowskij wieder in Betrieb genommen. Um 10:31 waren von 13 Transformatorunterstationen 11 schon wieder in Betrieb, praktisch der ganze Ort hat wieder Strom“, teilte der Pressedienst des Kohle- und Energieministeriums mit. Die Arbeit wurde von Reparaturbrigaden des republikanischen Unternehmens „Regionale Stromversorgungsgesellschaft“ durchgeführt und begannen am Morgen. Um 13:30 hatten noch 50 Verbraucher keinen Strom, die Reparaturen gehen weiter.

de.sputniknews.com: USA schicken im Sommer Panzerbrigade nach Europa
Die USA werden im Sommer 2018 im Rahmen der Rotation ihrer Militärs die 1. Panzerbrigade der 1. US-Kavalleriedivision nach Europa verlegen. Das teilte die US-Mission bei der Nato mit.

Die amerikanischen Streitkräfte werden im Sommer 2018 die 1. Panzerbrigade der 1. US-Kavalleriedivision, die in Fort Hood im US-Bundesstaat Texas stationiert ist, im Rahmen der turnusmäßigen Rotation der Kräfte der Operation Atlantic Resolve nach Europa schicken, heißt es aus einer offiziellen Meldung der US-Mission.

Die Operation Atlantic Resolve hat im April 2014 begonnen und hat laut den USA und der Nato die „Rückversicherung“ der osteuropäischen Länder nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland zum Ziel.

Im Rahmen der Operation nimmt das US-Heer an den inzwischen bedeutend häufiger durchgeführten internationalen Militärübungen im Baltikum, in Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn teil.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31402/53/314025341.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **hat sich verschärft**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen viermal den „Neujahrswaffenstillstand“ verletzt und dabei von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen verwendet.

Die ukrainischen Truppen haben zum ersten Mal in diesem Jahr Artilleriegeschütze des Kalibers 152mm verwendet. Eine Einheit der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte hat unsere Positionen im Gebiet von **Logwinowo** beschossen. Dabei wurde die Feuerleitung mit Hilfe von Drohnen durchgeführt, deren Flüge täglich an verschiedenen Abschnitten der Kontaktlinie bemerkt werden.

Außerdem wurden auch die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Kalinowka und Sansharowka** beschossen. Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Streitkräfte Mörser des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen und Granatwerfer verschiedener Art verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 165 Geschosse abgeschossen.

Die ukrainischen Streitkräfte verletzen systematisch die Bedingungen zur Stationierung von

von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen an der Kontaktlinie und ziehen ihre Kräfte und Mittel zusammen.

Im Gebiet von Swetlodarsk im Verantwortungsbereich der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in einem Abstand von einem Kilometer zur Kontaktlinie wurde die Verlagerung eines Mörserzugs bemerkt.

Im Gebiet von Kamyschewacha im Verantwortungsbereich der 10. Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte 8 km von der Kontaktlinie wurde die Stationierung einer Artillerieeinheit in Zugstärke bemerkt, die mit drei 122mm-Artilleriegeschütze 2S1 „Gwosdika“ ausgerüstet ist.

Es erfolgen Materiallieferungen auf die Positionen des 8. Bataillons der 10.

Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Nowoswanowka und auf die Positionen des 2. Bataillons der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Troizkoje. Außerdem wurde die Durchführung von Arbeiten zur technischen Ausstattung der Postionen des 108. Bataillons der 10. Gebirgsturmbriade im Gebiet der Ortschaft bemerkt.

Die ukrainischen Truppen begehen weiterhin Verbrechen gegen die friedlichen Einwohner des Donbass.

Am 8. Januar hat ein betrunkenener Soldat der 10. Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte Felder in der Nähe einer Ortschaft mit einem Mörser beschossen. Nach den Worten der Einwohner begannen die Schüsse um 19:00 Ortszeit.

Nach den ersten Schüssen verließen viele Einwohner ihre Häuser und gingen in die Keller. Durch glücklichen Zufall wurde niemand verletzt.

de.sputniknews.com: Angriff auf russische Basen: Moderne Elektronik in primitiven Drohnen entdeckt

Fünf Tage nach der spektakulären Drohnenattacke auf die beiden russischen Militärstützpunkte in Syrien haben das russische Verteidigungsministerium und der Generalstab am Donnerstag der Presse erste Untersuchungsergebnisse präsentiert. Jede der Sprengstoff-Drohnen, die in der Nacht zum 6. Januar den russischen Luftwaffenstützpunkt Hmeimim und die Marinebasis Tartus attackierten, habe zehn selbstgebastelte Bomben von jeweils 400 Gramm getragen, teilte Generalmajor Alexander Nowikow vom russischen Generalstab mit. „Jede Bombe war mit kleinen Metallkugeln bestückt und hatte einen geschätzten Wirkungsradius von bis zu 50 Metern.“

Unbemannte Flugzeuge solcher Klasse könnten nur industriemäßig hergestellt werden, sagte Nowikow. Ihm zufolge ist für ihren Bau eine Spezialausbildung nötig, die nur in den Ländern möglich sei, in denen es eine Drohnenindustrie gebe. Als Sprengstoff sei die hochbrisante Substanz Nitropenta verwendet worden, die in mehreren Ländern, unter anderem in der Ukraine, fabrikmäßig hergestellt werde.

Der Pressesprecher des Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow warnte seinerseits die Journalisten, sich vom primitiven Aussehen der Drohnen nicht irreführen zu lassen. Wichtig sei nicht der simple Aufbau, sondern die angewandten Technologien und die technischen Lösungen, sagte Konaschenkow. „Für den Bau solcher tödlichen Geräte sind Spezialkenntnisse sowie praktische Erfahrungen nötig.“

Der Flug und der Abwurf der Munition seien in der Bordelektronik der Drohnen vorprogrammiert gewesen, weshalb die Drohnen resistent gegen Störsignale gewesen seien, sagte Nowikow weiter. Auch die genauen Koordinaten der russischen Basen hätten die Angreifer nicht im Internet finden können.

Zuvor hatte das russische Militär bereits mitgeteilt, dass die Sprengstoff-Drohnen, die in der Nacht zum 6. Januar den russischen Marinestützpunkt Tartus und die Luftwaffenbasis Hmeimim angegriffen hatten, per GPS ins Ziel gesteuert worden seien. Die russische Armee konnte nach eigenen Angaben 13 Drohnen entweder im Anflug abschießen oder unter

Kontrolle nehmen. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau waren die Drohnen fast 100 Kilometer von den Stützpunkten entfernt gestartet worden.

Dnr-online.ru: Praktisch alle Menschen, die aus ukrainischer Gefangenschaft befreit wurden, wurden dort geschlagen, gefoltert und haben eine ganze Reihe von ernsthaften Erkrankungen. Derzeit werden sie in verschiedenen medizinischen Einrichtungen von Donezk behandelt und durchlaufen eine Rehabilitation. Darüber berichtete die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa.

„Es gibt Menschen mit verschiedenen Gesundheitsstörungen, sie erhalten die entsprechende Behandlung. Wenn man über den Anteil von ihnen spricht, der gefoltert wurde, so sind es 100%. Die Menschen wurden geschlagen, misshandelt.

Wir lassen das nicht einfach so stehen. Wir werden das auf jeden Fall festhalten und kontrollieren, damit internationale Organisationen dies registrieren und jeder Schuldige bestraft wird. Von 160 befreiten Menschen sind 150 schwer krank und befinden sich in verschiedenen medizinischen Einrichtungen“, erklärte Darja Morosowa....

Ukrinform.ua: Geraschtschenko nennt Kernaufgaben der Ukraine bei Verhandlungen in Minsk

Das Mitglied der humanitären Untergruppe der Trilateralen Kontaktgruppe für die friedliche Lösung der Situation im Osten der Ukraine, Iryna Geraschtschenko, hat per Facebook die Aufgaben für die Verhandlungen in Minsk genannt.

„Unsere Schlüsselaufgaben für das Jahr 2018 sind: Umsetzung des Sicherheits- und humanitären Blocks, Forderung der Einhaltung der Waffenruhe, starker Frieden, Befreiung aller illegal gefangen gehaltenen Menschen, Intensivierung der Arbeit bei der Suche nach Vermissten, Eröffnung des Kontrollpunktes „Solote“, Abzug der schweren Waffen von der Kontaktlinie“, schrieb Geraschtschenko.

de.sputniknews.com: Willy Wimmer: Man muss sich an den Kopf fassen, was Herr Ischinger da von sich gibt

Wolfgang Ischinger, Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, behauptet in einem Interview, Russland wolle kein gutes Verhältnis zum Westen und sei für die Flüchtlingskrise mitverantwortlich. Willy Wimmer, ehemaliger Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, sieht dagegen den Westen seit 1990 auf dem Pfad der Lüge und des Krieges.

Herr Wimmer, Wolfgang Ischinger, der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, wirft Russland vor, kein besseres Verhältnis zum Westen zu wollen. Damit scheint die Agenda für die Konferenz in München im Februar gesetzt.

Man muss im Zusammenhang mit dieser Münchener Veranstaltung sagen: Was die Grüne Woche in Berlin für die Landwirtschaft ist, ist diese Veranstaltung offensichtlich für diejenigen, die sie als Werbeveranstaltung für Krieg, Mord, Folter, Vertreibung auf dem ganzen Globus empfinden. Man kann nur erstaunt sein, was sich die Bundesregierung diese Veranstaltung kosten lässt, um weltweit für Krieg und Vernichtung zu plädieren. Das Perverse an dieser Veranstaltung ist, dass diejenigen auch noch eingeladen werden, über die man demnächst im Westen herzufallen versucht. Und man wird mit Interesse beobachten, ob diesmal der Iran eine prominente Rolle spielt.

Das ist das Gesamtspektrum dieser Konferenz, die im wahrsten Sinne des Wortes in den letzten Jahren degeneriert ist. Dazu hat der ehemalige Bundespräsident Gauck wesentlich beigetragen, der ein deutsches robustes Auftreten in der ganzen Welt als vorrangig empfunden hat. In unserer Verfassung steht, dass Deutschland einen Beitrag zum Frieden in der Welt zu leisten hat. Vor diesem Hintergrund muss auch die Erklärung von Herrn Ischinger im

Zusammenhang mit Russland gesehen werden. Es wird gelogen und verbogen, dass sich die Balken nur so biegen. Denn jeder, der die Entwicklung seit 1990 in Europa verfolgt hat, kann kein Verständnis für das haben, was Herr Ischinger da geschrieben hat.

Ischinger behauptet: Der Westen bemüht sich um Russland, während der Kreml mauert.

Wenn man die gesamte Entwicklung seit 1990 sieht, dann ist der Westen seit der Charta von Paris auf dem Pfad der Lüge und des Krieges gewesen. Das haben wir zum ersten Mal im völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien erlebt, als gegen die Charta der Vereinten Nationen und gegen das Versprechen in der Charta von Paris: „Kein Krieg mehr in Europa!“ – Bill Clinton und Madeleine Albright diesen Krieg nach Europa gebracht haben. Das nächste, wozu sich Herr Ischinger dann versteigt, ist die Aussage über den Olympiakrieg des Herrn Saakaschwili in Georgien. Jeder war erstaunt, als in Peking die Olympiade eröffnet wurde, dass dieser Prinz eines Blumentopfes Georgien über Ossetien und damit natürlich auch über die Russische Föderation herzufallen drohte und auch hergefallen ist. Jeder, der die historischen Gegebenheiten kennt, muss sich an den Kopf fassen, wenn er das liest, was Herr Ischinger da von sich gibt.

Gleichzeitig gibt selbst Ischinger zu, dass durch Russland neuer Wind sowohl in die Münchner Sicherheitskonferenz als auch in die Nato kommt. Russland liefert quasi die Legitimation für das westliche Aufrüsten.

Dafür braucht der Westen eigentlich keine Legitimation, die von jemand anders geliefert wird. Die Russische Föderation ist 1990 in der gleichen Weise auf den Westen und auf die Nato reingefallen und geleimt worden, wie es vor 100 Jahren mit dem deutschen Reich und Österreich-Ungarn geschehen ist, als wir auf die 14 Punkte und die Friedensüberlegungen des amerikanischen Präsidenten Wilson reingefallen sind. Das heißt, die Lüge wird im Westen zum Herrschaftsprinzip gemacht. Deswegen braucht man keinen in Moskau oder anderswo, um sein verhängnisvolles Tun zu legitimieren.

Ischinger meint, selbst die Flüchtlingskrise sei auf Russland zurückzuführen. Mit Verlaub: Das erinnert an die Hysterie in Bezug auf Russland, die wir seit einiger Zeit aus den USA kennen.

Man muss in diesem Zusammenhang mit Entsetzen feststellen, dass die Bundesregierung – und das ist etwas anderes als derjenige, der von der Bundesregierung in der Person von Herrn Ischinger subventioniert wird – dass die Bundesregierung Hunderttausende von Menschen in Deutschland als Instrument gegen die legitime Regierung in Syrien betrachtet. Die Entwicklung in Syrien hätte schon längst dazu führen müssen, mit der legitimen Regierung – und das ist die Regierung des Präsidenten Assad – in Verhandlungen über die Rückführung einzutreten. Hier werden Hunderttausende von Menschen für politische Zwecke instrumentalisiert. Vor diesem Hintergrund ist man eigentlich nur noch erstaunt und beschämt über das Verhalten der deutschen Politik.

Und was Russland anbetrifft: In welchem Land leben wir eigentlich, wenn Herr Ischinger im Zusammenhang mit der Vergangenheit von einem gewissen romantischen Gefühl in Deutschland, was Russland anbetrifft, schreibt? In diesen Wochen jährt sich zum 75. Mal das Ende der Sechsten Armee in Stalingrad. Damit ist nicht nur das Schicksal einer deutschen Armee verbunden. Sondern das ist Ausdruck für ein millionenfaches Leid in der Sowjetunion und damit weiten Gebieten der heutigen Russischen Föderation. Da muss man jedenfalls die deutsche Staatsräson anders sehen und auf diesen Nachbarn nicht dadurch zugehen, dass man an seinen Grenzen schon wieder aufrüstet und mit aggressiven Aktionen operiert. Das ist so was von Geschichtsverkennung, dass es nur noch schrecklich genannt werden kann.

Aber dank Russland regt sich jetzt auch niemand mehr darüber auf, dass deutsche Truppen an der russischen Grenze stehen. Ischinger spricht von einem „Slow-Motion“-Prozess, in dem die Bevölkerung langsam an den Gedanken von Auslandseinsätzen des deutschen Militärs herangeführt wurde.

Ja, da muss man nur an George Orwell erinnern, und an „1984“. Das ist die Situation in der

deutschen und europäischen Medienlandschaft. Wir werden nur noch zu Kriegen im Nato-Interesse geführt. Es gibt doch keinen Diskurs mehr in der Bundesrepublik über den besseren Weg. Wenn alle Parteien im deutschen Bundestag bis auf die neu hinzugekommene AfD ein Interesse daran haben, der Regierung anzugehören, müssen sie den Kriegen zustimmen. Und das äußert sich auch im Zustand der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung in diesem Lande. Wir sind, was diese Situation anbetrifft, wirklich verkommen.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In Richtung Donezk hat der Gegner mit Mörsern, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen. Auf das Gebiet von **Spartak** hat der Gegner 20 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol wurden auf die Gebiete von **Leninskoje, Sosnowskoje, Sachanka** 32 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

Am schwierigsten ist die Situation **in Richtung Gorlowka**, wo Einheiten der ukrainischen Streitkräfte Ortschaften der Republik mit Artillerie, Mörsern, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen haben. So wurden auf **Golmowskij und Dolomitnoje** 24 Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm und 42 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen sowie 43 Schüsse mit Schützenpanzerwaffen abgegeben. Außerdem wurden **Michajlowka und Sajzewo** mit Schützenpanzern und Granatwerfern beschossen.

In der Folge von Beschüssen von Golmowskij wurde eine Stromleitung beschädigt. Deswegen fielen alle Heizwerke aus. Derzeit hat die Ortschaft weder Heizung noch Strom. Außerdem wurden Wirtschaftsgebäude und Fenster in der Schkolnaja-Straße und der Woroschilowgradskaja-Straße beschädigt. In Dolomitnoje wurden zwei Häuser in der Shelesnodoroshnaja-Straße beschädigt.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **13 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In der Folge eines Mörserbeschusses von Spartak von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden **zwei friedliche Einwohner** unserer Republik, geb. 1984 bzw. 1986, **verletzt** und beim Beschuss von Dolomitnoje wurde eine **Frau im Rentenalter verletzt**. Mit solchen Folgen hat der Gegner den „Neujahrswaffenstillstand“ in Zweifel gezogen und bewiesen, dass man der ukrainischen Seite überhaupt nicht trauen darf.

Wie wir sehen, hat die ukrainische Seite einseitig beschlossen, aus dem „Neujahrswaffenstillstand“ auszusteigen und zum Genozid an der Bevölkerung unserer Republik zurückzukehren.

Der Beschuss in Richtung Gorlowka wurde von den Nazisten aus dem Bataillon „Donbass-Ukraina“ durchgeführt. Dabei wurden die Schläge zielgerichtet auf Infrastruktur- und Lebenserhaltungsobjekte gerichtet – Heizwerke und Stromleitungen. Ich möchte anmerken, dass die Feuerleitung unter Nutzung einiger Drohnen erfolgte. Eine von ihnen konnten wir abschießen, aber leider fiel sie auf ein Minenfeld an der Abgrenzungslinie.

Solche Handlungen von Seiten der Nazisten, die vor kurzem das nationalistische Bataillon „Ajdar“ abgelöst haben, zeugen von einem – selbst internationale Vereinbarungen können den Blutdurst dieser Unmenschen nicht stoppen.

Dabei unterstützt die verbrecherische ukrainische Regierung diese Ausfälle der Nazisten in jeder Weise, um gleich zwei Ziele zu erreichen: erstens unserer Republik Schaden zuzufügen und zweitens im Fall einer Verstärkung des internationalen Drucks die Verantwortung von sich abzuwälzen. Sie wollen sich so die Hände vor einem internationalen Tribunal reinwaschen, indem sie angeblich nicht kontrollierte und ungesetzliche militärische Formationen der Nationalisten der Morde an friedlichen Einwohnern der DVR und der Zerstörungen von Ortschaften beschuldigen.

Aber es wird der derzeitigen militärisch-politischen Führung nicht gelingen, trocken aus dem Wasser herauszukommen. Unsere Aufklärung hat nachweislich festgestellt, dass das Artilleriefeuer auf Golmowskij durch die Kräfte einer Brigadenartilleriegruppe der 54. mechanisierten Brigade erfolgte. Das Kommando zum Beschuss erteilte der Kriegsverbrecher A.S. Majstrenko persönlich. Diese Materialien werden den Ermittlungsorganen der Republik übergeben. Die Strafe wird diese Kriegsverbrecher auf jeden Fall erreichen!

Wir schließen auch nicht aus, dass in dieser Richtung weiter geschossen wird, um uns zu erwidern Aktivitäten zu provozieren.

In Richtung Donezk, wo friedliche Einwohner verletzt wurden, erfolgte der Beschuss durch Mörserinheiten der 25. Luftlandebrigade, die der Kriegsverbrecher O.W. Sentschenko kommandiert. Aus einigen Kennzeichen ist ersichtlich, dass die Mörserschützen das Feuer auf bewegliche Ziele eröffneten. Als Zielscheibe wählten sie friedliche Einwohner, die zwischen halb zerstörten Häusern einer Sommerhaussiedlung hin und her liefen und sich vor den Beschüssen in Deckung brachten, bis sie verletzt wurden und hinfielen. Erst dann hörten die Strafsoldaten auf zu schießen.

Wir wenden uns an die internationale Öffentlichkeit und die internationalen Beobachter! Welche Beweise brauchen Sie noch, damit auch Sie das Geschehen hier einen Genozid nennen können?!

Dabei läuft auf der ukrainischen Seite zurzeit die aktive Vorbereitung auf „Fake“-reportagen, in denen Journalisten in angebliche Beschüsse von Seiten der Republik geraten. Wobei tatsächlich all diese Schüsse und Detonationen das Ergebnis der Tätigkeit von technischen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte sein werden, die nicht weit entfernt außer Sichtweite stehen werden.

Diese Aktivität verbinden wir mit den am 18. Januar bevorstehenden Treffen von Vertretern der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk, auf denen diese Lügenreportagen als Beweise für die Verletzung des Waffenstillstands von unserer Seite dargestellt werden.

de.sputniknews.com: Trotz Krim-Streits: Siemens und Rostec gründen in Russland Medizin-Labors

Der russische Technologiekonzern Rostec und die Siemens AG werden in zehn Regionen Laut einem Abkommen, das die Seiten unterzeichnet haben, liefert Siemens Apparaturen für die Labors, die eine ganze Reihe von Recherchen durchführen sollen, vor allem in der Sphäre von biologischen Materialien.

„In zwei bis drei Jahren ist es möglich, die Herstellung medizinischer Ausrüstung von Siemens auf der Basis der Betriebe des elektronischen Clusters von Rostec zu betreiben“, so ein Sprecher des Konzerns.

Russlands Regierung verwirklicht das Programm der Importsubstitution im Bereich Medizinapparatur. Unter anderem besteht es aus einer Liste medizinischer Produkte, deren Ankauf für den staatlichen und regionalen Bedarf begrenzt ist.

Laut einem Dokument vom 5. Februar 2015 müssen Anträge für die Lieferung ausländischer Medizinwaren abgelehnt werden, wenn es mindestens zwei Lieferanten analoger Produkte aus Russland, Armenien, Weißrussland oder Kasachstan gibt....

Dnr-news.com: In der Ukraine wurde vorgeschlagen, ukrainische Künstler für Auftritte in der RF zu bestrafen

Der Nationalrat zu Fragen von Funk und Fernsehen der Ukraine hat eine Änderung der Gesetzgebung initiiert, die es ermöglicht, Geld- oder Haftstrafen gegen ukrainische Künstler zu verhängen, die in Russland auftreten.

„In dieser Situation hat unser Nationalrat keine Einflussmöglichkeiten auf die Funk- und Fernsehorganisationen, da das Gesetz dazu nichts aussagt. In einem solchen Fall würde gegen

jede Maßnahme der Regulierungsbehörde zur Beschränkung vor Gericht Widerspruch eingelegt, und unsere Chancen, eine Position durchzusetzen, für die es zwar ethische, aber keine rechtlichen Grundlagen gibt, sind gleich Null. Dieses Problem kann nur im Bereich der Gesetzgebung gelöst werden“, hieß es in der Organisation.

Im Nationalrat meint man, dass“der Gesetzgeber die weltweite Praxis zur Einwirkung auf einheimische Künstler berücksichtigen und anwenden“ könnte, die in einem „als Aggressor anerkannten Land“ auftreten.

„Dies könnten Geld- oder Haftstrafen sein. Und die Funk- und Fernsehorganisationen könnten verpflichtet werden, die Teilnahme solcher Künstler oder Kulturschaffender an ihren Programmen für eine gewisse Zeit einzuschränken. In einem solchen Fall erhielte die nationale Regulierungsbehörde eine echte Einflussmöglichkeit auf die Sender“, schlägt der Nationalrat für Funk und Fernsehen vor.

de.sputniknews.com: Putin will „Dutzende Schiffe und Jets“ an Ukraine zurückgeben
Russlands Präsident Wladimir Putin hat sich bereit erklärt, dutzende auf der Krim stationierte ukrainische Kriegsschiffe und Kampfjets an Kiew zurückzugeben. „Wir sind bereit, diesen Prozess fortzusetzen“, sagte Putin am Donnerstag bei einem Treffen mit leitenden Mitarbeitern russischer Printmedien in Moskau.

Zugleich räumte er ein, dass diese Technik schon längst überholt und veraltet ist. Er habe nichts dagegen, dass ukrainische Militärs der Entsorgung alter Munition auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim beiwohnten.

Dem Präsidenten zufolge sind beachtliche auf der Krim eingelagerte Munitionsvorräte nicht mehr transportierbar. Das wäre zu gefährlich, deshalb sollten sie vor Ort vernichtet werden.

„Wir möchten ukrainische Militärs einladen, damit sie an der Vernichtung dieser Munition mitmachen“, sagte Putin.

Abends:

de.sputniknews.com: Gasexport an Ukraine vorbei: Norwegen will Russland bei Bau von Nord Stream helfen

Dass die Pipeline Nord Stream 2 gebaut wird, steht inzwischen außer Frage. Den Teilnehmern des Projektes, vor allem dem russischen Energiekonzern Gazprom, ist es gelungen, das norwegische Unternehmen Kvaerner auf ihre Seite zu ziehen.

Die Beteiligung dieser Firma, die zu 30 Prozent der Regierung des Landes gehört, löste Kiews Zorn aus, denn die erfolgreiche Umsetzung von Nord Stream 2 wird bedeuten, dass der Gastransit, mit dem die Regierung in Kiew sehr rechnet, höchstwahrscheinlich in Zukunft an der Ukraine vorbeigehen wird.

Kiew bemüht sich schon seit mehreren Jahren um die Behinderung des Nord-Stream-2-Baus. 2017 war es ihm gelungen, die EU-Kommission auf seine Seite zu ziehen. Auf Russlands Seite steht in diesem geopolitischen Streit aber Deutschland, dessen wirtschaftliche und auch politische Kreise für den Gastransport durch die Ostsee plädieren. Dadurch könnte Berlin, wie auch die anderen Europäer, die Risiken vermeiden, die mit dem Gastransit durch die Ukraine verbunden sind.

Für die Verlegung des neuen Nord-Stream-Strangs sind ziemlich komplizierte technologische Lösungen nötig. Gazprom mangelt es an Entwicklungen für den Pipelinebau am Schelf.

Wegen der geringen eigenen Infrastruktur muss der Energieriese auf Dienste ausländischer Auftragnehmer zurückgreifen.

„Heute müssen wir in vieler Hinsicht bei null anfangen. Die alten sowjetischen Technologien

sind inzwischen verlorengegangen“, sagte der Öl- und Gasexperte Valeri Nesterow gegenüber RIA Novosti. „Vor einigen Jahren wurden viele Bohranlagen so gut wie ausverkauft, und aktuell liegt unsere Abhängigkeit von ausländischen Technologien manchmal bei 90 Prozent, wenn es um den Pipelinebau am Schelf geht.“

Die Einigung mit Kvaerner ist nach Auffassung des Experten ein großer Erfolg für die russische Seite. Das norwegische Unternehmen bietet Nord Stream 2 sein Know-how und wird diverse Arbeiten bei St. Petersburg und Wyborg (Gebiet Leningrad) übernehmen. Die Skandinavier sollen versprochen haben, auch russische Subauftragnehmer heranzuziehen. Der Vertrag der Nord Stream 2 AG mit Kvaerner soll dem Projekt einen zusätzlichen politischen Impuls verleihen. „Es ist wichtig, dass Kvaerner ein sehr bekanntes Unternehmen mit tadellosem Image ist, wenn es um Bauarbeiten auf hoher See geht“, so Experte Nesterow weiter. „Es ist bekannt für den Bau von Bohrinselfen, auf die viele Vertreter der Ölbranche aus den Ostseeländern stolz sind.“ Auch aus rein psychologischer Sicht sei die Teilnahme des Branchenführers sehr nützlich für Nord Stream 2.

Denn ein in den USA im vergangenen Jahr verabschiedetes Gesetz untersagt es Unternehmen aus verschiedenen Ländern, sich an russischen Energieprojekten intensiv zu beteiligen. Die norwegischen Behörden zeigen aber, dass sie keine Angst vor möglichen US-Sanktionen haben.

„Der wirtschaftliche Aspekt ist immerhin vorrangig wichtig, und die Politik sollte sich ihm anpassen“, sagte der Ökonom Sergej Pikin bezüglich der Entscheidung von Kvaerner. „Nord Stream 2 ist nun einmal ein spezifisches Projekt: Es wird auf dem Territorium der EU umgesetzt, und es ist logisch, dass sich daran europäische Auftragnehmer beteiligen werden. Denn russische Unternehmen haben keine Genehmigung für Arbeiten in der EU. In dieser Situation ist die Allianz mit westlichen Firmen durchaus natürlich“, so der Branchenkenner. Das sieht auch die Gazprom-Führung ein, die schon vor längerer Zeit mehrere führende westeuropäische Unternehmen auf ihre Seite gezogen hat, unter anderem OMV (Österreich) und Engie (Frankreich). Nach der Verhängung der neuen US-Sanktionen schienen die milliardenschweren Investitionen der Europäer auf der Kippe zu stehen. Es ist also kein Wunder, dass die deutsche Politik sich intensiv für Nord Stream 2 einsetzt. Im Sommer 2017 forderten der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel und der österreichische Kanzler Christian Kern die USA auf, sich in solche Aspekte wie Energiesicherheit der EU nicht einzumischen, die mit ihnen nichts zu tun haben.

Und der Ukraine bleibt jetzt nichts weiter übrig, als auf politischen Druck auf Russland zu setzen. Die EU bzw. einige Länder, in deren Hoheitsgewässern die neue Pipeline gebaut wird, stellen die Umweltsicherheit des Nord-Stream-2-Projektes infrage.

„Die Firma Kvaerner bemüht sich immer, die Risiken für Menschen und die Umwelt zu minimieren“, sagte ein Unternehmenssprecher. „Auch unsere Partner aus der Nord Stream 2 AG legen viel Wert auf die Gesundheit und Sicherheit der Menschen und der Umwelt.“

Av-zakharchenko.su: Das Oberhaupt der DVR hat sich heute, am 11. Januar, mit Medienvertretern getroffen. Das Staatsoberhaupt äußerte seine Meinung über den kürzlich erfolgten Gefangenaustausch und erzählte über die Pläne zur Entwicklung der Republik im Jahr 2018.

In Russland gibt es die Praxis, jährlich ein Haupt“thema“ festzulegen. Auf was richtet unser Staat in diesem Jahr in erster Linie seine Aufmerksamkeit? Werden wir im weiteren ein Hauptthema des Jahres festlegen?

Hauptthema des Jahres 2018 wird die Geschichte des Donbass sein. Umso mehr, als wir in diesem Jahr den 100. Jahrestag der Donezko-Kriworoshschka-Republik feiern. Wir müssen uns an unsere Wurzel erinnern, unsere Geschichte. Es gab viele Vorschläge. Einer von ihnen ist das Jahr des Kindes. Aber ich meine, dass man sich um die Kindern ständig kümmern muss.

Vor einigen Tagen ist der Präsident der Republik Südossetien Anatolij Bibilow in der DVR gewesen. Zum welchem Zweck fand ein solcher Besuch statt, wurden irgendwelche Vereinbarungen abgeschlossen?

Es gab zwei Ziele. Beide wurden erreicht. Anatolij Bibilow kam gemeinsam mit dem Verteidigungsminister von Südossetien. Es wurde eine Reihe von Dokumenten erarbeitet, die sich zur Beschlussfassung im Volkssowjet der DVR und im Parlament Südossetiens befinden. Sie betreffen die Zusammenarbeit im militärischen Bereich. Außerdem wurde die Zusammenarbeit im Bankbereich erörtert. In nächster Zeit werden beide Dokumente unterzeichnet.

In der Republik ist in den letzten paar Wochen eine instabile Situation mit Autogas zu beobachten. Wie wird dieses Problem gelöst und wovon wurde es hervorgerufen? Warum ist in der letzten Zeit der Preis für Autogas gestiegen, vor allem für Propan-Butan?

Dies ist eine weltweite Tendenz der Erhöhung von Preisen für Erdöl und Erdölprodukte. Aber eine Preiserhöhung und ein Defizit ist vor allem bei kommerziellen Tankstellen zu beobachten. Bei staatlichen Tankstellen gibt es Gas und wenn es eine Verteuerung gibt, so ist sie nur saisonal.

Alexandr Wladimirowitsch, im Vorfeld des Neuen Jahres fand zwischen den Volksrepubliken und der Ukraine eine der größten Gefangenenaustausche in der ganzen Zeit des Konflikts statt. Nach den Worten von Darja Morosowa hat Kiew Donezk 160 Personen übergeben. Zurzeit befindet sich ein Teil dieser Menschen unter ärztlicher Beobachtung, viele sind ohne Dokumente zurückgekehrt.

Welche Hilfe wird den aus ukrainischer Gefangenschaft zurückgekehrten Menschen von Seiten der Regierung der DVR geleistet? Können sie auf Unterstützung bei der Wiedererlangung der Dokumente, beim Erhalt von Wohnraum, bei der Arbeitsbeschaffung rechnen?

Die Ukraine hat ein weiteres Mal alle betrogen. Die Wladimir Putin und dem Patriarchen Kirill genannte Zahl, die auch mit uns erörtert wurde, stimmte nicht mit der überein, die uns übergeben wurde.

Heute ist die Hauptaufgabe, die Menschen aus ihrem ernsten Zustand herauszuholen, in dem sie sich nach der Gefangenschaft befinden. In erster Linie ist das psychologische Unterstützung. Die Menschen haben einige Jahre in Gefangenschaft verbracht.

Dann wird andere Hilfe geleistet werden, darunter auch Unterstützung beim Erhalt von Dokumenten. Was die Versorgung mit Wohnraum betrifft, werden die Probleme im Einzelfall betrachtet. Viele haben ein Haus oder eine Wohnung.

Gibt es ein Einverständnis, wann es möglich ist, den nächsten Gefangenenaustausch zu erwarten?

Es gibt weder ein Einverständnis noch vorläufige Angaben. Wenn man ehrlich ist, sind wir mit diesem Austausch nicht zu Ende. Man hat uns nicht alle Menschen übergeben, die in den Listen angegeben waren. Ich habe der Bevollmächtigten Darja Morosowa den Auftrag gegeben, diese Fragen bei den Treffen der Kontaktgruppen in Minsk aufzuwerfen. Es muss wenigstens auf der Zahl bestanden werden.

Die Ukraine hat auch diesen Austausch schwer ertragen. Sie haben versucht, den Austausch zum Scheitern zu bringen. Zum Beispiel haben wir unsere Grenzen während des Austauschs frei gehalten, die Ukraine hat im Gegenteil dort einen Stau geschaffen, im Moment des Austausches hat sie etwa 3000 Menschen auf dieses Territorium gelassen. Eine solche Schuftigkeit haben wir selbst von ihnen nicht erwartet!

Ausgehend von allem, denke ich, dass die nächste Etappe nicht bald sein wird und die Verhandlungen werden sehr schwer sein. Einen guten Willen der Ukraine für einen Austausch „alle gegen alle“ gibt es nicht. Kiew erinnert sich nicht daran, wie wir Gefangene zu Hunderten ohne jeglichen Austausch abgegeben haben. Wir haben alle achtzehnjährigen

wehrpflichtigen Jungen, die im „Ilowajsker Kessel“ und bei Schachtjors und bei Torez zu uns geraten sind, nach Hause geschickt... Wir haben einfach so 150-200 Menschen abgegeben. Und sie denken sich verschiedene Gründe aus, um unsere Soldaten nicht auszutauschen. Ein zweites Moment ist, wen die die Ukraine übergibt. Menschen, die ihre Ansichten bezüglich des Kiewer Regimes nicht verbergen, sind natürlich des Respekts würdig. Aber das sind keine Kriegsgefangenen! Man legt uns selbst Listen mit Menschen, die einfach wegen Landstreicherei festgenommen wurden, vor. Diese Dinge sind nicht lächerlich, sondern bitter zu sehen. Denn dies sind Schicksale von Menschen!

Ab Januar dieses Jahres ist in der Republik die Mindestrente erhöht worden. Sind irgendwelche weiteren Änderungen und Verbesserungen für unsere Bürger geplant?

Die Mindestrente beträgt ab Januar 2904 Rubel. Auch die Unterstützungen für Familien mit Kindern und militärische Rentner sind erhöht worden.

Wir haben die Renten und andere Sozialzahlungen mehrfach erhöht. Wir bauen einen sozial orientierten Staat auf, deshalb ist unsere grundlegende Aufgabe Hilfe und Unterstützung für bedürftige Bürger.

In diesem Jahr werden die Renten im dritten Quartal ein weiteres Mal erhöht. Möglicherweise gelingt es, am Ende des Jahres eine weitere Erhöhung zu erreichen.

Wird es Wahlen zum Republikoberhaupt im Jahr 2018 geben?

Ich weiß, warum dieses Frage aufgekomen ist. In der Internetgemeinschaft gibt es verschiedene Auffassung. Ich habe diese Artikel und Aussagen gelesen. Ich bin angenehm überrascht, dass die Wahlen in der DVR eine solche Aufregung bei vielen bekannten Bloggern hervorrufen.

Wahlen wird es geben. In der vom Gesetz vorgesehenen Weise – im Herbst 2018.

Sachartschenko verlängert seine Amtszeit nicht um ein Jahr, wie „Experten“ schreiben. Die Amtszeit wird nach den nächsten Wahlen erhöht. Das Oberhaupt der DVR wird nicht für vier, sondern für fünf Jahre gewählt werden. Und Sachartschenko tritt im Jahr 2018 zu den Wahlen an.

Und was wird im Ihrem Wahlprogramm stehen?

Darüber zu sprechen ist noch ein wenig zu früh. Mein ganzes Programm ist jetzt zu sehen – es ist die Entwicklung der Ökonomie und die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung. Arbeit gibt es in Unmengen! Näher an den Wahlen werden sich alle, die es wollen, mit meinem Programm bekannt machen können.

Welche Pläne gibt es in der Republik zur Entwicklung der Ökonomie? Worauf wird der Schwerpunkt gelegt? Welche Branchen sind für die DVR vorrangig?

Das sind der Maschinenbau, die Metallindustrie, die Kohlebranche und die Landwirtschaft. Aber wir befinden uns in einer solchen Situation, wo egal welchen Wirtschaftsbereich man nimmt, überall Entwicklung und Wiederaufbau nötig ist und manchmal auch Aufbau von Null an.

Zum Beispiel die Landwirtschaft. Prozesse, die in den letzten Jahren angestoßen wurden, brauchen in diesem Jahr beständige Aufmerksamkeit. Wir entwickeln nicht einfach die Branche, wir bauen eine völlig neue Landwirtschaft auf.

In der Metallindustrie gibt es die Blockade, Schwierigkeiten mit der Lieferung von Rohstoffen und dem Absatz der Produkte. Aber die Fabriken arbeiten. Die Probleme der Branche werden gelöst werden.

Im Kohlesektor sind wir auf den Umfang des Vorkriegsjahrs 2013 gekommen. Die Arbeit zur Erhöhung der Fördermenge und zur Entwicklung der kohlefördernden Unternehmen wird weitergeführt.

Jede Branche ist wichtig. Man darf nicht nur eine auswählen, alle Fragen müssen in einem Komplex gelöst werden.

Wie bewerten Sie die Lage an der Kontaktlinie? Die Beschüsse der Umgebung von Gorlowka und andere Provokationen der ukrainischen Streitkräfte?

Die Situation ist schwierig, vor einem Kampf. Wenn das Frostwetter noch ein oder zwei Wochen hält, sind Provokationen von Seiten der Ukraine zu erwarten.

In Kiew besteht nach wie vor Spannung: der Präsident der Ukraine muss ernsthafte innere Probleme lösen und die einzige Möglichkeit ist die Aktivierung des Konflikts im Donbass. Nach den letzten Beschüssen zu urteilen, reift diese Entscheidung heran. Wir warten. Wir sind bereit, machen Sie sich keine Sorgen, all unsere Truppen sind in vollständiger Gefechtsbereitschaft. Die Einheiten sind in der Lage, jede Aggression abzuwehren. Ich kann sagen, dass es für die Kiew die letzte sein wird.

Welche ersten Ergebnisse gibt es bei der Arbeit der gesellschaftlichen Kontaktstellen des Oberhauptes der DVR?

Es kamen etwa 30.000 Anfragen aus der gesamten Republik. 50% wurden vor Ort gelöst, etwa ein Viertel der Fragen wurden in die Fachbehörden übergeben, die übrigen bedeuten Konsultationen und Klärungen. Außerdem sind etwa 2000 Menschen in die gesellschaftliche Bewegung „Donezkaja Respublika“ eingetreten.

Es ist positiv, dass die Menschen gekommen sind, Vertrauen hatten, begonnen haben, über die Probleme zuzusprechen. Diese Praxis brauchen wir.

de.sputniknews.com: EU stoppt Finanzhilfe für Kiew – aus diesen Gründen

Der Leiter der EU-Vertretung in Kiew, Hugues Mingarelli, hat in einem Gespräch mit dem ukrainischen Sender „Ukrainske Radio“ erklärt, warum die EU die geplante 600-Millionen-Euro Tranche für Kiew gestoppt hat.

Der Grund für die EU-Absage seien vier Bedingungen, die Kiew nicht erfüllt habe: die Aufhebung des Ausfuhrverbots für Rundholz, der Start einer automatisierten Prüfung elektronischer Vermögenserklärungen von Beamten, die Verabschiedung des Gesetzes über das Kreditregister der Nationalbank der Ukraine und die Überprüfung wirtschaftlicher Eigentümer von Firmen. Insgesamt soll es 21 Forderungen gegeben haben.

Dabei schloss Mingarelli nicht aus, dass eine weitere Tranche trotzdem noch möglich sei.

Eine Voraussetzung dafür sei jedoch die Schaffung eines Antikorruptionsgerichtes.

Das EU-Hilfsprogramm für die Ukraine wurde im Jahr 2015 in einer Höhe von 1,8 Milliarden Euro vereinbart und läuft diesen Monat aus. Kiew erhielt zwei Tranchen, die letzte stoppte jedoch die EU-Kommission im Dezember.